

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke

Mitte

Kreis Freundes

Ausgabe 11

Oktober 2010

AfA: Keine ungesicherten Arbeitsverhältnisse im RMJ!



von Roger Podstatny

„Die AfA Frankfurt fordert die Verantwortlichen der Rhein-Main Jobcenter GmbH auf, Mitarbeiter mit befristeten Verträgen und Leiharbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Die Hilfebezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) haben eine Betreuung durch Menschen verdient, die nicht selbst um ihren Arbeitsplatz zittern müssen. Damit würde die Qualität der Betreuung sicher zunehmen“, erklärt Roger Podstatny, Vorsitzender der AfA Frankfurt.

140 von 317 Mitarbeitern der städtischen Belegschaft im Jobcenter haben einen befristeten Arbeitsvertrag, der zum Jahresende ausläuft. Die Stadt Frankfurt hat signalisiert, einen großen Anteil der Verträge anzupassen. Bis jetzt ist dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen. Dies bedeutet, dass sich alle Betroffenen gemäß § 38 SGB III bis zum 30.09.2010 bei ihren eigenen Kollegen arbeitssuchend zu melden haben. 45 von 324 Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit, die sich auch um die Belange der Arbeitssuchenden kümmern, droht dasselbe Schicksal. Die 65 Leiharbeiter, welche im

Jobcenter eingesetzt werden, wissen nicht, wie es weiter geht. Nach dem aktuellen Stand der Diskussionen verlieren sie ihre Arbeitsplätze.

Zurzeit werden die offiziellen Vorgaben der so genannten Fallzahlen (zu betreuende Hilfe-/Leistungsbezieher pro Mitarbeiter) schon erheblich überschritten. Wenn der Personalabbau umgesetzt wird, müssen Betroffene z. B. mit längeren Warte- und Bearbeitungszeiten rechnen. Werden in diesem Kontext die geplanten Mittelkürzungen des Bundes berücksichtigt, so ergibt sich ein Bild, dass weniger Personal in den Jobcentern mehr betroffene Hilfebezieher betreuen muss, diesen aber immer weniger Angebote unterbreiten kann.

Inhalt

AfA: Keine ungesicherten Arbeitsverhältnisse im RMJ!	Seite 1
Den Gewaltkreislauf unterbrechen	Seite 2
Tariffucht und Zerschlagung in der Frankfurter Societät	Seite 3
Veranstaltungen	Seite 3
Impressum	Seite 4



Daher unterstützt die AfA Frankfurt die Forderungen des Betriebsrates der Rhein-Main Jobcenter GmbH nach einer sofortigen Entfristung aller Mitarbeiter, sei es nun von der Stadt

Frankfurt oder der Bundesagentur für Arbeit. Den Zeitarbeitskräften im RMJ soll von den beiden Trägern des Jobcenters umgehend ein Angebot auf unbefristete Übernahme unterbreitet werden. Der Magistrat der Stadt Frankfurt wird aufgefordert, in den Vertragsverhandlungen mit der Bundesagentur für Arbeit alles daran zu setzen, dass die zukünftige gemeinsame Einrichtung (Jobcenter) mit ausreichendem Personal ausgestattet und auf befristet Beschäftigte sowie Zeitarbeitskräfte nicht mehr zurückgegriffen wird.

Den Gewaltkreislauf unterbrechen **SPD-Diskussion über Jugendgewalt** **im Bolongaropalast Höchst**



von Ursula Busch

Jugendgewalt ist ein Thema, mit dem wir gerade in einer Großstadt wie Frankfurt oft konfrontiert sind – direkt oder über Medienberichte. Dabei entsteht schnell eine aufgeladene Stimmung, in der populistisch härtere Strafen und mehr

Kontrolle gefordert werden. Sozialdemokratische Politik gibt sich nicht mit diesen vordergründigen Autoritätsgesten zufrieden, sie fragt nach dem Warum. Dabei geht es nicht darum, Gewalt Jugendlicher zu verharmlosen oder Täter zu entschuldigen – im Gegenteil, es geht darum, die Wurzeln der Aggressionen zu finden und Gewalt schon frühzeitig, in ihrem Entstehen zu bekämpfen.

Den Wurzeln der Gewalt nachzuspüren und Strategien zu ihrer Bekämpfung aufzuzeigen war auch Ziel der Diskussion über Jugendgewalt, zu der die Römerfraktion am 13. September in den Bolongaropalast geladen hatte. Zu-

nächst referierte Professor Rainer Kilb, Dekan der Fakultät für Sozialwesen an der Hochschule Mannheim und ehemaliger Frankfurter Sozialarbeiter. Er erläuterte, dass Jugendgewalt in allen Jahrhunderten in verschiedenen Erscheinungsformen aufgetreten sei und als vorübergehende Phase zum Prozess des Erwachsenwerdens gehöre. Im Publikum regte sich Zustimmung – so berichteten gestandene Senioren, dass Raufereien zwischen Jugendgruppen verschiedener Frankfurter Stadtteile in ihrer Jugendzeit an der Tagesordnung gewesen seien.

Professor Kilb wies darauf hin, dass pubertäre Ausrutscher wie diese klar von gewaltgesteuertem Verhalten zu unterscheiden seien, das sich in der Persönlichkeit verfestige und zu gestörtem sozialem Verhalten führe. Solches Verhalten werde oft durch Gewalterfahrungen in der Familie geprägt, durch mangelnde Zuwendung und Versagen in der Schule ausgelöst, so Kilb. Es gehe darum, Jugendlichen in der Phase des Erwachsenwerdens unmissverständlich klarzumachen, dass Gewaltausübung falsch sei und ihr Verhalten direkte Konsequenzen für sie habe. Gleichzeitig müssten den jungen Menschen aber auch andere Handlungsoptionen als Gewalt aufgezeigt und Möglichkeiten zu Erfolgserlebnissen geboten werden, die ihr Selbstwertgefühl stärkten.

Das forderte auch Michael Paris, Vorsitzender des Abenteuerspielplatzes Riederwald. „Jugendliche müssen durch die schwierige Phase, in der sie Erfahrungen – auch mit Gewalt - suchen und lernen, mit sich selbst und ihren Potenzialen sozial verantwortlich umzugehen, intensiv begleitet werden. Wo Eltern dies nicht leisten, muss die Gesellschaft einspringen, um Kinder und Jugendliche zu stärken“, forderte er. Dafür müsse eine moderne Stadtgesellschaft auch Frei- und Erfahrungsräume zur Verfügung stellen, so Paris. Als lokales Beispiel, wie viel Umdenken dafür noch erforderlich sei,

nannte er die Kritik an Kinderspielaktionen wie vor der Alten Oper.

Ein engagiertes Plädoyer für frühzeitige Hilfen in den Familien kam von Dieter Hansen, Anti-Aggressivitäts-Trainer im Verein Kinder- und Jugendhilfe Frankfurt: „Die Gewaltopfer von heute können die Gewalttäter von morgen sein – wir müssen diesen Kreislauf, der oft in den Familien seinen Ursprung hat, konsequent unterbrechen“. Er habe es meist mit Jugendlichen zu tun, denen erst mühsam soziale Normen und Verhaltensregeln vermittelt werden müssten, weil dies in ihrer Kindheit nicht geschehen sei. Dabei sei es wichtig, dass alle Handelnden – Eltern, Pädagogen, staatliche Stellen – konsequent zusammenwirkten, um den Tätern ihr Fehlverhalten, aber auch neue Perspektiven für ihre Zukunft vor Augen zu führen.

Die Gestaltung dieses Zusammenwirkens, gerade beim Zusammenspiel Jugendhilfe und Schule, war ein Schwerpunkt der Diskussion, zu der neben Ortsbeiräten und Stadtverordneten viele Sozialarbeiter, Polizisten, Mitglieder der Präventionsräte, Pädagogen und Bürger gekommen waren. Andere Aspekte waren die Bedeutung von Wohnungsbau- und Stadtplanung bei der Gewaltprävention und die richtige Zusammenarbeit von Polizisten und Sozialarbeitern. Dabei wurde auch über das bevorstehende „Haus des Jugendrechts“ und seine Ausrichtung intensiv gesprochen.

Zum Ende der lebhaften, fast dreistündigen Veranstaltung stellte Ursula Busch, Vorsitzende des Rechts- und Sicherheitsausschusses und Moderatorin des Abends fest, dass einige Arbeitsaufträge für die Politik mitzunehmen seien. Neben dem Lob für die bestehenden vielfältigen und engagierten Angebote gegen Gewalt in Frankfurt gebe es den Wunsch nach ihrer besseren Vernetzung. Auch ein Fachgespräch mit Jugendlichen über ihre Gewalterfahrung und die Verhinderung von Gewalt sei notwendig. Das Haus des Jugendrechts, des-

sen Eröffnung von der schwarz-grünen Stadtregierung vollmundig angekündigt, nun aber zum wiederholten Male verschoben worden sei, müsse aufmerksam begleitet werden; um es zu einem Erfolg zu machen, sei beispielsweise umgehend eine übergreifende Struktur für die sinnvolle Ableistung von „Arbeitsstunden“ zu schaffen.

Tariffucht und Zerschlagung in der Frankfurter Societät



von Roger Podstatny

„Es ist unglaublich, dass die Frankfurter Societät, ein Unternehmen mit über 150-jähriger Tradition, mit seinen Mitarbeitern so rüde umgeht. Immerhin betreibt sie Verlag und Redaktionen der Frankfurter Neuen Presse, des Höchster Kreisblatts, der Nassauischen Neuen Presse und der Taunuszeitung sowie eines der größten Druckzentren Europas, zugleich Hausdruckerei der Schwestergesellschaft Frankfurter Allgemeine Zeitung“, erklärt Roger Podstatny, Vorsitzender der AfA Frankfurt.

Für die rund 700 Beschäftigten in Frankfurt und Mörfelden gelten die Tarifbedingungen der Druckindustrie und der Redakteure an Tageszeitungen. Zukünftig sollen die tariflichen Mindestarbeitsbedingungen jedoch nur noch für 410 Mitarbeiter des Druckzentrums in Mörfelden maßgeblich sein. Der Rest soll in eine Holdinggesellschaft überführt und von der Tarifbindung „befreit“ werden. Regelungen über Mindestgehälter, Arbeitszeit, Urlaub, Weihnachts- und Urlaubsgeld stehen auf dem Spiel. Ebenso Betriebsvereinbarungen, die über

Jahrzehnte in harten Verhandlungen errungen wurden.

Zudem soll die bisher einheitliche Betriebsvertretung zerschlagen werden. Drei kleine Betriebsräte statt wie bisher eines großen Betriebsrats für alle Mitarbeiter – hier greift das Prinzip „Teile und Herrsche“, das bedeutet Abbau der betrieblichen Demokratie.

„Die AfA Frankfurt unterstützt die Beschäftigten gegen Tarifflicht und Zerschlagung in der Frankfurter Societät. Wir fordern alle Leserinnen und Leser der Frankfurter Neuen Presse und ihrer Regionalausgaben und alle Menschen, denen es nicht gleichgültig ist, unter welchen Bedingungen die Zeitung produziert wird, auf sich an der Unterschriftenaktion für die Beschäftigten der Frankfurter Societät zu beteiligen“, erklärt Podstatny. Die Unterschriftenliste kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

www.aaa.comhttp://spdnet.sozi.info/hessen/main/afafm/dl/FAZ_Unterschriftenliste+FSD.PDF

Frankfurter Flughafen sichert Arbeitsplätze nicht nur in Frankfurt, sondern in der ganzen Region

Michael Paris lädt ein zur Besichtigung am Donnerstag, dem 21. Oktober 2010, von 17 Uhr bis 19 Uhr (Anmeldung Büro M. Paris: 069/299 888 335).



Schon im September hatte der Frankfurter SPD-Stadtverordnete Michael Paris 52 Besucher zu einer Informationstour auf dem Rollfeld des Frankfurter Airports eingeladen. Die Teilnehmer konnten den knapp 5 Millionen teuren Ausbau des Areals, Flugsteig A plus im Westen des Terminal I und auch die neue Landebahn aus nächster Nähe

besichtigen. Da das Interesse an der Fahrt größer war als die Anzahl der Plätze wird der Ausflug am 21. Oktober 2010 wiederholt. Schon im Rahmen seiner ersten Informationsfahrt stellte der Politiker fest, dass mit dem Ausbau des Flughafens Frankfurt nicht nur Arbeitsplätze direkt auf dem Flughafengelände, sondern bis im Umkreis von rund 100 Kilometern in der Rhein-Main-Region gesichert werden.

„Da nach dem massiven Rückgang von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie sowie in der chemischen Industrie dringender Bedarf an neuen Arbeitsplätzen besteht, kommt dem weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens als dem größten Arbeitgeber in der Region weitere große Bedeutung zu“, so Paris. Dabei gehe es nicht nur um die „Blaumannarbeitsplätze“ am Flughafen direkt, sondern auch um die Vielzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch Gewerbeansiedlung rund um den Flughafen herum und weit über Frankfurt hinaus“.

Trotz dieser positiven Einstellung zum Ausbau verlangt der SPD Stadtverordnete weiterhin eine **konsequente Durchsetzung des Nachtflugverbotes**. Die unter der Regierung des SPD-Ministerpräsidenten Hans Eichel in die Wege geleitete Mediation ergab, dass Ausbau und Nachtflugverbot einander bedingen. „Dar- an“, so Paris, „soll sich die Landesregierung auch halten und zum Schutze der Bevölkerung in den Abflugschneisen das Verbot umsetzen“. Darüber hinaus fordert er weitere Maßnahmen des Flughafenbetreibers „Fraport AG“ zum passiven Schallschutz. Mit Zuschüssen aus den Fraport-Gewinnen sollten Lärmschutzmaßnahmen für die in den An- und Abflugschneisen lebenden Menschen finanziert werden.

Veranstaltungen

Bei der zweiten Bürgerinformationsveranstal-

tung am Totensonntag, dem 21. November 2010, führt Michael Paris zusammen mit dem bekannten Frankfurter Stadtführer Christian Setzepfand, bei einem 1,5-stündigen **Rundgang auf dem Frankfurter Hauptfriedhof** zu den Gräbern sozialdemokratischer Oberbürgermeister und weiteren Frankfurter Persönlichkeiten. Für diese Veranstaltung ist keine Anmeldung erforderlich. Wer daran teilnehmen möchte, möge sich am **Sonntag, dem 21. November 2010 um 11 Uhr am Haupteingang der Trauerhalle auf dem Frankfurter Hauptfriedhof** einfinden.

...Veranstaltungen

Die Arbeitsgruppe Recht und Sicherheit lädt ein zur parteiöffentlichen Diskussion:

Sicheres Frankfurt - unsere Forderungen im Kommunalwahlprogramm am Dienstag, den 19. Oktober ab 19 Uhr

im SPD-Fraktionssitzungssaal, Haus Silberberg, Römer

mit Anneliese Scheurich (Sicherheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer) und Ursula Busch (Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit)

Gemeinsam möchten wir über die Schwerpunkte der Sicherheitspolitik für Frankfurt diskutieren. Im Entwurf des Kommunalwahlprogramms, Seite 64 bis 70, sind unsere Vorstellungen beschrieben. Was muss ergänzt werden? Welche Fragen bleiben offen? Das möchten wir mit euch besprechen.

Bitte gebt uns eine Rückmeldung, wenn ihr am 19.10.2010 an unserem Gespräch teilnehmen wollt, per FAX (069-287708) oder via Mail an gabi.faust@spd-fraktion.frankfurt.de.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Einladung zur parteiöffentlichen Diskussion über das Kommunalwahlprogramm 2011, insbesondere das Kapitel "Gute Arbeit – gute Wirtschaft"

Der AfA-Unterbezirksvorstand lädt herzlich zur parteiöffentlichen Diskussion über Arbeitnehmerfragen im Kommunalwahlprogramm 2011 ein. Wir treffen uns

am Donnerstag, 21. Oktober 2010 um 19:30 Uhr

im SAALBAU Gutleut, Rottweiler Straße 32, Frankfurt, Clubraum 2.

Die Arbeit am Kommunalwahlprogramm hat uns dieses Jahr schon lange beschäftigt. Nach parteiinterner und öffentlicher Diskussion in den Regionalkonferenzen hat der UBV den Vorschlag für den Parteitag beschlossen. Wir wollen das Ergebnis bewerten. Hat sich dieser Prozess gelohnt? Was ist dabei herausgekommen? Natürlich werden wir uns insbesondere auf das Kapitel „Gute Arbeit – gute Wirtschaft“ konzentrieren.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:
Freundeskreis, c/o Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung